



Niederschrift

37. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 14.09.2005
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:45 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE. PDS	
Frau Klotz, Ursula	DIE LINKE. PDS	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE. PDS	bis 20:25 Uhr
Herr Kümmel, Harald	SPD	bis 19:25 Uhr
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Cornelius, Wolfgang	CDU	
Herr Näder, Volkmar	CDU	bis 18:50 Uhr
Herr Schröder, Michael	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis	ab 17:45 Uhr
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	bis ca. 19:00 Uhr
Herr Kruschat, Axel	Die Andere	

Nicht anwesend sind:

Frau Knoblich, Hannelore	SPD	entschuldigt
Herr Bretz, Steeven	CDU	entschuldigt
Herr Friederich, Götz Thorsten	CDU	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Fischer, GB 2
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4
Herr Weis, Verkehrsbetrieb Potsdam
Frau Hukal, Kulturgewerbequartier Schiffbauergasse
Herr Eschrich und Herr Wilfurth, asention AG
Herr Jesse, Sanierungsträger Potsdam
Herr Erdmann, Rechnungsprüfungsamt
Frau Dr. Sommer, Bereich Marketing und Kommunikation
Herr Jankowski, Bereich Haushalt und KLR
Frau Kluge, FB Ordnung und Sicherheit
Herr Lohrenz, FB Grün- und Verkehrsflächen
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 24.08.2005
- 2 Öffentliche Ausschreibung mit beschränktem Teilnehmerwettbewerb für den Eigenbetrieb Stadtbeleuchtung
Vorlage: 03/SVV/0269
Fraktion CDU
- 3 Straßenreinigungsgebühren
Vorlage: 05/SVV/0290
Fraktion PDS
- 4 Freizeitbad am Brauhausberg / Schlossareal - Grundstückspreis-Kalkulation
Vorlage: 05/SVV/0536
Fraktion PDS
- 5 Sitzungskalender 2006
Vorlage: 05/SVV/0596
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der StVV
- 6 'Potsdam 2006 - Jahr der Architektur'
Vorlage: 05/SVV/0616
Oberbürgermeister, Bereich Marketing und Kommunikation
- 7 Hiroshima-Platz
Vorlage: 05/SVV/0624
Fraktion Grüne/B90
- 8 Abwägung der Modelle und Entscheidungsvorschlag für den Schulcampus Am Stern aus HA 22.06.2005
- 9 Mitteilungen der Verwaltung
- 9.1 Bericht über die Beratung mit den Ortsbürgermeistern
- 10 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 24.08.2005**
Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert der Oberbürgermeister über das Ergebnis des Wettbewerbs „Entente Florale – eine Stadt blüht auf“, in dem die Stadt Potsdam eine Goldmedaille erhalten hat. Er sei stolz auf diesen Erfolg der Stadt und bedankt sich für die breite Unterstützung der PotsdamerInnen, der Vereine,

Wohnungswirtschaften und Gewerbetreibenden. Insbesondere habe die Jury die Leistungen in der Stadt nach der Wende zur Kenntnis genommen und die neuen, modernen Akzente gewürdigt. Gefallen habe aber auch die Marketingkampagne, insbesondere die Madame Florale, sowie die als beispielgebend bezeichnete Plakataktion. Nicht zuletzt sei auch die breite Beteiligung in der Stadt positiv bewertet worden.

Anschließend begrüßt der Oberbürgermeister die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, den TOP 4 - **Freizeitbad am Brauhausberg / Schlossareal - Grundstückspreis-Kalkulation** im nicht öffentlichen Teil zu behandeln. Seitens der Fraktion CDU wird die Behandlung des TOP 2 - **Öffentliche Ausschreibung mit beschränktem Teilnehmerwettbewerb für den Eigenbetrieb Stadtbeleuchtung** ebenfalls im nicht öffentlichen Teil vorgeschlagen. Weitere Hinweise und Änderungen werden nicht vorgetragen; die Tagesordnung wird mit den o.g. Änderungen bestätigt.

Zum Protokoll der 36. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 24. August 2005 gibt es keine Änderungen; das Protokoll wird mit 10 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen, bestätigt.

zu 2 Öffentliche Ausschreibung mit beschränktem Teilnehmerwettbewerb für den Eigenbetrieb Stadtbeleuchtung
Vorlage: 03/SVV/0269

Behandlung im nicht öffentlichen Teil, mit dem Ergebnis der Zurückstellung bis zur Vorlage einer entsprechenden Verwaltungsvorlage im November 2005.

zu 3 Straßenreinigungsgebühren
Vorlage: 05/SVV/0290

Herr Dr. Scharfenberg betont eingangs, dass die Fraktion PDS die Auffassung vertrete, der Frontmetermaßstab sei der am ehesten nachvollziehbare Berechnungsmaßstab. Wenn die Größe des Grundstücks mit der Reinigungsleistung in's Verhältnis gesetzt werde, könne der Bürger das eben nicht nachvollziehen. Im Zusammenhang mit der Rückzahlung der Gebühr habe es zahlreiche Proteste gegeben und sei die Forderung zur Rückkehr zum Frontmetermaßstab aufgemacht worden.

Frau Kluge führt dazu aus, dass seitens der Verwaltung die WIBERA mit der Erarbeitung einer Gegenüberstellung der Berechnungsvarianten nach bestimmten Kriterien beauftragt wurde. Dieses unabhängige Wirtschaftsunternehmen, so der Oberbürgermeister, soll die Konsequenzen einer Kostenumstellung prüfen und deshalb empfehle er die Zurückstellung des Antrags bis zur Vorlage des Gutachtens.

Herr Schüler sieht den entstandenen „Frust“ bei den Bürgern in der Vielzahl der veränderten Kriterien begründet, die eine erheblichen Steigerung der Gebühr zur Folge hatte. Um eine Vergleichbarkeit zu erreichen, müsse ein Maßstab für eine mittlere Dauer beibehalten werden. Herr Cornelius verweist darauf, dass es auch

bei dem Frontmetermaßstab Proteste gegeben habe. Darüber hinaus sei dieser Maßstab nicht gerichtsfest, was er an Hand eines Urteils erläutert. Herr Schubert beantragt die Vertagung des Antrags der PDS, da die ausgetauschten Argumente nicht neu seien und man der Verwaltung die Chance geben solle, etwas Vergleichbares vorzulegen.

Den Ausführungen von Herrn Cornelius widerspricht Herr Dr. Scharfenberg; in anderen Schriftsätzen sei der Frontmetermaßstab als „legitimes Berechnungsverfahren“ dargestellt und begründet. Er sehe darin für viele Potsdamer eine gerechtere Lösung. Er frage sich, warum ein derartiges Gutachten nicht schon lange erstellt wurde – jetzt habe man den Eindruck, der Antrag solle „verschleppt“ werden. Deshalb spreche er sich gegen eine Vertagung des Antrags aus.

Der Oberbürgermeister stellt die Vertagung des Antrages bis zum 12.10.2005 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 6
Stimmenthaltung: 1

zu 4 Freizeitbad am Brauhausberg / Schlossareal - Grundstückspreis-Kalkulation
Vorlage: 05/SVV/0536

Zurückgestellt bis zur HA-Sitzung am 12.10.2005.

zu 5 Sitzungskalender 2006
Vorlage: 05/SVV/0596

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Sitzungskalender 2006 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 6 'Potsdam 2006 - Jahr der Architektur'
Vorlage: 05/SVV/0616

Der Antrag auf Überweisung, so Herr Schubert, begründe sich für die Fraktion der SPD darin, dass sie für zukünftige Themenjahre das Motto bereits im Vorfeld diskutieren und die dafür geplanten finanziellen Mittel gezielt einsetzen möchte. Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass bereits seit 2002 derartige Mittel der Stadt auf thematische Schwerpunkte ausgerichtet seien. Er plädiere dafür, dieses Marketingkonzept auch weiterhin beizubehalten, da dadurch auf Potsdam im Besonderen aufmerksam gemacht und zahlreiche Effekte auch für andere erzielt werden können. Natürlich könne die Diskussion auch im Vorfeld „aufgemacht werden“.

Frau Dr. Schröter erklärt, die PDS sei mit dem Antrag sehr einverstanden, insbesondere durch das Anliegen, architekturübergreifend bis hin zu neuen Bauten, um nicht zu sagen „Plattenbauten“ betrachten zu wollen. Dass dafür Geld „in die Hand genommen“ werden müsse, sei klar. Sie spricht sich dafür aus, im Hauptausschuss frühzeitig Themenvarianten zu besprechen und dabei auch Vorschläge aus den Fraktionen mit einzubeziehen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Umsetzung des Rahmenkonzeptes „Potsdam 2006 – Jahr der Architektur“

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei 2 Stimmenthaltungen.

zu 7

Hiroshima-Platz
Vorlage: 05/SVV/0624

Herr Schubert spricht sich namens der Fraktion der SPD für diesen Antrag aus, bittet jedoch über die „Art des Gedenkens“ nachzudenken, um später sichtbar zu machen, warum gerade dieser Platz so benannt wurde. Herr Schüler unterstützt dieses Anliegen in seinen Ausführungen; ein erläuterndes Schild oder eine Stele könne das Anliegen verdeutlichen. Herr Dr. Scharfenberg bittet zu recherchieren, was aus Initiativen der Stadtverordnetenversammlung vergangener Jahre zum Anliegen des Gedenkens geworden sei, um diese Aktivitäten mit der Namensverleihung zu verbinden.

Herr Näder spricht sich dafür aus, etwas „Geschmackvolles“ zu überlegen, was über ein Schild hinausgehe. Den Besuchern müsse das Anliegen angemessen verdeutlicht werden.

Der Oberbürgermeister erklärt, dass sich die Verwaltung „gestalterisch etwas einfallen“ lasse, was auf die historischen Zusammenhänge verweise; einschließlich der von der PDS erbetene Recherche. In absehbarer Zeit werde dem Hauptausschuss dazu ein Vorschlag unterbreitet.

Der Hauptausschuss beschließt:

Der bisher unbenannte dreieckige Platz an der Einmündung der Karl-Marx-Straße in die Rudolf-Breitscheid-Straße erhält den Namen „Hiroshima-Platz“.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 8

Abwägung der Modelle und Entscheidungsvorschlag für den Schulcampus Am Stern

Frau Fischer erläutert eingangs die bisherigen Handlungsschritte und verweist auf die schriftlich ausgereichte Information, in der die Ergebnisse der Abwägung der Modelle festgehalten seien. Der Oberbürgermeister habe daraus ableitend festgelegt, die Sanierung des Schulcampus Am Stern in Teilabschnitten über den

Vermögenshaushalt der Landeshauptstadt zu finanzieren.

Herr Dr. Scharfenberg begrüßt, dass endlich eine Entscheidung getroffen sei. Gleichzeitig kritisiert er die umständlichen Vorbereitungen und das nicht zufriedenstellende Ergebnis. Der geplante Zeitraum von eineinhalb Jahren für die Sanierung erfordere die entsprechende Bereitstellung der Mittel, was über den Vermögenshaushalt nicht zu leisten sei. Hinzu komme, dass die Beschlusslage auch die Aula und die Sportanlagen bei der Sanierung einschließe. Nun sollte die Stadt versuchen, innerhalb von drei Jahren unter Berücksichtigung des laufenden Schulbetriebs zu sanieren. Damit im Zusammenhang stehe für ihn die Frage, wie das in die Gesamtentwicklung der Neubaugebiete eingeordnet werde.

Herr Kümmel meint, dass die Entscheidung enttäuschend für die Stadtverordneten und für die Bewohner des Wohngebietes „Am Stern“ sei. Mit der Schließung der Grundschule wurde die Sanierung und Entwicklung als Schulcampus versprochen – es habe zahlreiche Aktivitäten gegeben, wie Workshops und Aktionen von Studenten. Nun müssen die Stadtverordneten auf Grundlage der getroffenen Entscheidung ihre Vorstellungen formulieren und die Haushaltsmittel sichern.

Herr Schüler merkt an, dass er einen anderen als den jetzt vorgeschlagenen Weg besser gefunden hätte. Dem von Herrn Dr. Scharfenberg skizzierten Zeitplan halte er für ausgeschlossen, was u.a. an den zu erwartenden Haushaltsbelastungen liege. Er empfehle, die Möglichkeit einer Kreditaufnahme weiterhin zu prüfen, weil sich die Bedingungen im Laufe der Jahre ändern können und dann doch eine Beschleunigung des Projekts möglich sei.

Herr Exner bittet, die Handlungsmöglichkeiten genau zu betrachten. Das vorhandene Investitionsprogramm sei „ausgeknautscht“ – soll mehr gemacht werden, müsse woanders weniger gemacht werden. Darüber hinaus sei Potsdam eine Kommune mit einem Haushaltssicherungskonzept. Eine Kreditaufnahme komme nicht in Frage, da sie eine zusätzliche Belastung darstelle und man den Kredit nicht bedienen könne. Sicherlich gebe es Ausnahmen, die aber der Erfüllung bestimmter Voraussetzungen bedürfen, wie z.B. die Rentierlichkeit der Maßnahme. Die Wahl des ppp-Modells helfe insofern nicht weiter, da dies ebenso genehmigungspflichtig sei.

Herr Mühlberg fragt nach, ob es Berechnungen gebe, die aussagen, ob mit der Maßnahme der Bereich der Rentierlichkeit erreicht werde oder nicht. Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass diese Berechnungen gemacht wurden – im Bereich der Rentierlichkeit war man nicht. Selbst wenn, sei das aber noch keine Garantie für eine Kreditgewährung. Eine konkrete Berechnung der Rentierlichkeit brauche Zeit und koste Geld. Um das Projekt voranzutreiben habe er entschieden, klassisch zu finanzieren. Es gebe noch andere Projekte, die über ein ppp-Modell finanziert werden können.

Herr Schröder findet es bedauerlich, dass die Stadt sich das „alles auf den Tisch ziehe“. Wenn er das Vorhaben mit der Sanierung der Finkenwegschule vergleiche, bei der man auch nicht vorankomme, sei es fraglich, ob der Weg richtig sei. Der Stern-Standort habe besonderes Gewicht und er sehe es problematisch, alle zur Verfügung stehenden Mittel zwei Jahre in diesen Standort zu geben, weil das für die Gesamtschullandschaft wiederum nachteilig sei. Das Projekt sollte aber innerhalb von zwei Jahren beendet werden und es sei zu verhindern, dass eine Situation wie an der Finkenwegschule eintrete. Darüber hinaus wurde das ppp-Modell nur beim KIS und bei der GEWOBA geprüft, aber noch nicht in der freien Wirtschaft.

Herr Schubert meint, dass ein Abbau des Investitionsstaus ohne private Mittel sowieso kaum möglich sei. Deshalb sollte das Thema „ppp“ weiter verfolgt wer-

den, weil es noch andere Standorte gebe, die dringenden Bedarf hätten. Auf seine Nachfrage, welche Kosten Aula und Sportanlagen verursachen, antwortet Frau Fischer, jeweils eine Millionen Euro und weist darauf hin, dass der Erlös aus dem Verkauf der Musikschule am Johann-Strauß-Platz in den Standort Stern fließen solle.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass im nächsten Jahr mit den eingestellten 5,2 Millionen Euro begonnen werden und weiterhin eine Prüfung erfolgen sollte, welche Teile des Vorhabens anders finanziert werden können. Seine Nachfrage zur Möglichkeit, Fördermittel in das Gesamtvorhaben einfließen zu lassen, verneint der Oberbürgermeister – das sei nach jetzigem Erkenntnisstand nicht möglich. Die weiteren Schritte der Sanierung seien vom Vermögenshaushalt der Stadt abhängig und das sei letztlich die Entscheidung der StVV.

Herr Gohlke findet die jetzige Finanzierungsform „misslich“ und weist darauf hin, dass die Erwartungen groß seien. Er fordert die Verwaltung auf, an dem Konzept mit Nachdruck zu arbeiten und gegenüber der Elternschaft verbindliche Aussagen zu machen.

Herr Kümmel bittet, keine neuen Erwartungen zu wecken und fragt nach, ob die Gestaltung der Außenanlagen aus dem Programm „Soziale Stadt“ finanziert werde. Daran schließt sich eine kontroverse Diskussion zur Nutzung verschiedener Fördermöglichkeiten einschließlich durch die EU an. Der Oberbürgermeister weist abschließend darauf hin, dass selbstverständlich alle Fördermöglichkeiten geprüft wurden.

zu 9 Mitteilungen der Verwaltung

zu 9.1 Bericht über die Beratung mit den Ortsbürgermeistern

Herr Jetschmanegg berichtet über die Beratung mit den Ortsbürgermeistern am 06. September 2005, zu der 6 Tagesordnungspunkte behandelt wurden. Mit den ersten beiden Tagesordnungspunkten seien die Haushaltsplanungen für die Ortsteile besprochen worden. Hier gebe es Absprachen zwischen den Geschäftsbereichen und den Ortsteilen. Gleiches gelte für Maßnahmen im so genannten ILE-Konzept. In einem weiteren Punkt sei die Problematik der Straßenumbenennungen besprochen worden, die sich dann als Problem u.a. für die Deutsche Post darstelle, wenn Straßennamen mehrfach vergeben wurden und die gleiche Postleitzahl haben. In diesem Zusammenhang stehe die Frage der Gültigkeit der Wohlverhaltensklausel. Einigkeit sei dahingehend erzielt, dass jetzt die 11 Straßen umbenannt werden, bei denen die Zustimmung der Ortsbeiräten vorliege. Des Weiteren seien seitens des Rechtsamtes Hinweise zu allgemeinen Verfahrensfragen zu Anträgen aus den Ortsbeiräten gegeben worden, verbunden mit rechtlichen Hinweisen zur Gestaltung der Rechte der Ortsbeiräte. Im Weiteren ging es um die Änderung der Tarifzonen des ÖPNV, indem die Ortsteile den Tarifen der bisherigen städtischen Gebiete angepasst wurden und um die Gliederung des Berichtes über die Zusammenarbeit mit den Ortsbeiräten, der in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werde.

Herr Dr. Scharfenberg merkt dazu an, dass es Anliegen war, den Bericht im Vorfeld mit den Ortsbeiräten zu beraten und nicht im Nachhinein. Der Oberbürgermeister betont, dass dies dem üblichen Verfahren entspreche und der Bericht von der StVV in alle Ortsbeiräte verwiesen werde.

zu 9.2 Innopunkt 14

Frau Fischer informiert über den aktuellen Stand des Projektes „KulturGewerbe-Quartier Schiffbauergasse“, welches auf die Ausschreibung der LASA Brandenburg GmbH – Innopunkt-Kampagne 14 „Allianz zwischen Kultur und Wirtschaft“ im März 2005 zurückgehe. Die Ausschreibung sei ein Reflex auf die zunehmende Präsenz des Themas Kulturwirtschaft, von dem man sich arbeitsmarktpolitische und wirtschaftliche Effekte erhoffe. Ziel der Innopunkt-Kampagne sei es, Wachstum und Beschäftigung im Bereich Kunst und Kultur in Kooperation mit der Wirtschaft durch die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen, Existenzgründungsbegleitung für KünstlerInnen, Qualifizierung von kulturellen Trägern hin zu neuen Geschäftsfeldern und Ausgründungen sowie die Kooperation zwischen Kultur und Unternehmen zu fördern. Auf die Ausschreibung erfolgten Bewerbungen von mehr als 70 Projekten. In den nächsten Tagen und Wochen werde es darum gehen, die Verwaltungs- und Organisationsabläufe im Projekt zu koordinieren, die gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit der Projekte zu konzipieren, Kommunikationsforen einzurichten und TeilnehmerInnen am Standort und in der Region zu werben, Qualifizierungscurricula zu erstellen, einen Projektbeirat zu berufen und die Auftaktveranstaltung Ende September/Anfang Oktober vorzubereiten.

Des Weiteren wird Frau Hukals als Leiterin des Projekts „KulturGewerbeQuartier Schiffbauergasse“ vorgestellt; darüber hinaus bediene man sich der Kulturhauptstadt Potsdam 2010 GmbH.

Der Antrag auf Förderung des Projekts „KulturGewerbeQuartier Schiffbauergasse“ wurde durch die Stadt Potsdam gestellt. Die Kulturhauptstadt Potsdam 2010 GmbH tritt als Geschäftsbesorgerin in einen Vertrag mit der Stadt und manage den Projektverlauf. Die Fördersumme betrage 350.000 Euro für den gesamten Projektzeitraum von 24 Monaten.

Projekthalt sei u.a., KünstlerInnen und KulturmitarbeiterInnen durch Qualifizierung und individuelle Beratung bei der Begründung oder der Stabilisierung ihrer Freiberuflichkeit zu unterstützen, kulturelle Träger bei der Entwicklung, Ausgründung und Stabilisierung wirtschaftlicher Geschäftsbetriebe individuell zu coachen und den Prozess zu begleiten sowie moderierte Workshops mit Akteuren der Kunst, Kultur und Unternehmen durchzuführen.

Am 31. August erhielten die Projekte bei der Auftaktveranstaltung ihre Zuwendungsbescheide. Projektstart war der 1. September 2005, der Projektzeitraum erstreckt sich bis zum 31. August 2007.

Herr Schubert fragt nach, ob seitens der Stadt Kofinanzierungsmittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Diese Frage wird von Frau Hukal verneint.

zu 9.3 Fassadenschmierereien

Frau Kluge berichtet über zahlreiche Beschwerden von Anwohnern und Bürgern zu der Schmiererei „Achse des Bösen“ an der Fassade eines Hauses in der Zeppelinstr.. Seitens der Verwaltung wurden mit dem Hauseigentümer Gespräche geführt, um sein Einverständnis zur Beseitigung der Schmierereien durch die Stadt zu erhalten. Der Hauseigentümer vertrete die Auffassung, dass diese Schmierereien eine Art von politischer Willensbekundung und damit zu dulden sei. Seitens der Stadt bestehen keine weiteren Handlungsmöglichkeiten gegen-

über dem Hauseigentümer.

Herr Näder betont nachdrücklich sein Unverständnis, zumal es weitere Schmiereien z.B. an dem alternativen Wohnprojekt gebe. Die fehlenden Möglichkeiten der Stadt könne man gegenüber den Anwohnern kaum kommunizieren. Herr Cornelius fragt nach, ob hier die Werbesatzung nicht greife, die andere Bürger, wie z.B. die Gewerbetreibenden, auch einschränke.

Der Oberbürgermeister verweist nochmals darauf, dass seitens der Stadt alle Varianten geprüft worden seien und es keine rechtliche Grundlage für Handlungen der Stadt gebe.

Des Weiteren informiert Frau Kluge über Anträge der NPD, im Zuge der Wahlwerbung Plakate anbringen und Infostände aufstellen zu wollen. Die Genehmigung sei erteilt, allerdings habe die NPD den beantragten Stand am 13.09.2005 nicht in Anspruch genommen.

zu 10 Sonstiges

Feierlichkeiten 03.10.2005

Herr Mühlberg fragt nach den Vorstellungen der Stadt zur Information über umfangreiche Sperrungen auch in der Innenstadt anlässlich der Feierlichkeiten am 03.10.2005.

Der Oberbürgermeister verweist auf ein abgestuftes Sperrungskonzept und ein darauf abgestimmtes Informationskonzept. Auch die unmittelbar betroffenen Anlieger werden durch Handwurfsendungen einschließlich über Ausweichparkplätze informiert.

REWE-Kaufhalle Schilfhof

Herr Dr. Scharfenberg bezieht sich auf Informationen in der Presse, in der sich die gegenwärtige Situation so darstelle, dass REWE den Standort Schilfhof aufrechterhalte und gleichzeitig die Errichtung eines neuen Marktes am Horstweg anstrebe. Er fragt nach, wann es eine Entscheidung der Stadt zum neuen Standort gebe und wie gleichzeitig der Erhalt des Standortes Schilfhof gesichert werde.

Frau Dr. von Kuick-Frenz antwortet darauf, dass das weitere Prozedere mit REWE besprochen werde, der Standort Horstweg allerdings eine Umwidmung der Sanierungsziele Babelsberg bedeute, was nicht unproblematisch sei.

Nachdem Herr Schröder die Brisanz der Problematik und Verantwortung der Stadt für die Bewohner, die den Markt täglich nutzen, deutlich gemacht hat, betont der Oberbürgermeister, dass nicht die Verwaltung, sondern die REWE-Gruppe den Markt schließen wolle und damit ganz konkrete Forderungen verbinde, die die Stadt nicht erfüllen könne. Weitere Informationen werden dazu im nicht öffentlichen Teil gegeben.

Villa Schöningen

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, ob es richtig sei, dass die Planungen der Stadt bezüglich des Vorhabens um die Villa Schöningen ins Leere laufen, da eine Baubeschränkung vorhanden sei, die der anliegende Nachbar nach eigenen Aussagen auch in Anspruch nehmen werde. Frau Dr. von Kuick-Frenz bestätigt das Vorhandensein einer Anmerkung im Grundbuch aus dem Jahre 1906 – die sogenannte „Grunewald-Klausel“. Diese erlaube nicht die Errichtung von Gasthäusern,

Irrenhäusern und Schornsteinen ohne Erlaubnis des Nachbarn. Die grundbuchliche Baubeschränkung werde in der nächsten Sitzung des Bauausschusses zur Kenntnis gegeben.

Bezugnehmend auf die beiden Nachfragen von Herrn Dr. Scharfenberg kritisiert Herr Mühlberg die Behandlung von Themen des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen im Hauptausschuss und dann nicht als ordentlichen Tagesordnungspunkt sondern unter „Sonstiges“. Dieser Auffassung schließt sich der Oberbürgermeister an und fordert derartige Punkte im Vorfeld anzumelden, um sie auf die Tagesordnung nehmen zu können. Es könne nicht sein, dass die ordentliche Tagesordnung den geringeren Teil der Hauptausschusssitzung einnehme und der Rest über den Punkt „Sonstiges“ bestritten werde.

Daran schließt sich eine kontroverse Diskussion zu den Möglichkeiten von Stadtverordneten an, aktuelle Themen auch außerhalb der festgestellten Tagesordnung behandeln zu können.

Seekrug

Herr Schröder kritisiert im Zusammenhang mit den Pressemeldungen zum Seekrug die Veröffentlichung von nicht öffentlichen Protokollauszügen aus dem Rechnungsprüfungsausschuss und bittet den Oberbürgermeister und die Vorsitzende der StVV, geeignete Maßnahmen einzuleiten, um das zukünftig zu verhindern.

Der Oberbürgermeister verweist auf seine dahingehenden Äußerungen aus der letzten Sitzung bezüglich des Büros in der Schiffbauergasse. Er empfehle Herrn Schröder als Ausschussvorsitzenden, die Protokolle nur zur Sitzung auszureichen und anschließend wieder einzusammeln.

Die Bitte von Herrn Schubert um eine Stellungnahme der Beigeordneten Frau Fischer zu dieser Problematik wird im nicht öffentlichen Teil behandelt.